

**Bericht des Vorstands der  
Wolftank Group AG  
gemäß § 170 Abs 2 AktG und § 153 Abs 4 AktG**

**Ermächtigungen des Vorstands im Zusammenhang mit dem Erwerb  
eigener Aktien gemäß §64 Abs. 1 Z4 AktG**

**zum 9. Punkt der Tagesordnung der am 12. Juni 2026 stattfindenden  
ordentlichen Hauptversammlung**

Der Vorstand der Wolftank Group AG mit dem Sitz in Innsbruck und der Geschäftsanschrift Leopoldstraße 2, 6020 Innsbruck, eingetragen im Firmenbuch des Landesgericht Innsbruck unter FN 306731 a (die „**Gesellschaft**“), erstattet gemäß § 170 Abs 2 AktG und § 153 Abs 4 AktG nachstehenden Bericht an die am 12. Juni 2026 stattfindende ordentliche Hauptversammlung (die „**Ordentliche Hauptversammlung**“) der Gesellschaft.

In der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft vom 07.06.2024 wurde die Ermächtigung des Vorstands zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs 1 Z 1, Z 2 und Z 4 sowie Abs 1a und Abs 1b AktG beschlossen. Die Ermächtigung gemäß § 65 Abs 1 Z 4 AktG, auf Grund derer die Aktien zum Zweck des Angebots an Arbeitnehmern, leitenden Angestellten und Mitgliedern des Vorstands oder Aufsichtsrats der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens rückerworben werden dürfen, läuft am 06.12.2026 ab.

Aus diesem Grund schlagen Vorstand und Aufsichtsrat vor, die Ordentliche Hauptversammlung möge zum Tagesordnungspunkt 9 Folgendes beschließen:

*Der Vorstand wird zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs 1 Z 4 sowie Abs 1a und 1b AktG bis zum 12.12.2028 ermächtigt, wobei der auf die von der Gesellschaft erworbenen Aktien entfallende Anteil am Grundkapital gemeinsam mit sonstigen von der Gesellschaft bereits gehaltenen eigenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten darf. Der Erwerb kann über die Börse, durch ein öffentliches Angebot oder auf sonstige gesetzlich zulässige Weise erfolgen. Der niedrigste zu leistende Gegenwert je Aktie darf den anteiligen Betrag des Grundkapitals je Aktie nicht unterschreiten; der höchste zu leistende Gegenwert je Aktie darf den gewichteten durchschnittlichen Börsenschlusskurs der letzten 20 Börsetage vor Beginn des jeweiligen Rückkaufs um höchstens 20 % überschreiten. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise, einmalig oder mehrfach, auch in mehreren Tranchen sowie zur Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke ausgeübt werden. Das Andienungsrecht der Aktionäre (umgekehrtes Bezugsrecht) wird ausgeschlossen.*

Im Hinblick auf die vorgeschlagene Ermächtigung des Vorstands zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs 1 Z 4 sowie Abs 1a und Abs 1b AktG, die auch einen Erwerb auf andere Weise als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot sowie den Ausschluss des quotenmäßigen Andienungsrechts der Aktionäre (umgekehrter Bezugsrechtsausschluss) vorsieht, hat der Vorstand in sinngemäßer Anwendung von § 170 Abs 2 AktG iVm § 153 Abs 4 AktG einen schriftlichen Bericht

über den Grund und die sachliche Rechtfertigung für diesen Ausschluss vorzulegen.

Entsprechend erstattet der Vorstand der Gesellschaft der Hauptversammlung den nachfolgenden schriftlichen

## **BERICHT:**

### **1. Allgemein**

Die Ermächtigung des Vorstands zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs 1 Z 4 AktG dient dem zweckgebundenen Rückerwerb von Aktien zum Angebot an Arbeitnehmer, leitende Angestellte und Mitglieder des Vorstands oder Aufsichtsrats der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens (§ 189a Z 8 UGB). Der Erwerb ist gemäß § 65 Abs 2 AktG nur zulässig, wenn auf die Aktien der Ausgabebetrag voll geleistet ist.

Gemäß § 65 Abs 1b iVm § 47a AktG ist beim Erwerb eigener Aktien auf die Gleichbehandlung aller Aktionäre der Gesellschaft zu achten. Diesem Gleichbehandlungsgrundsatz wird beim Erwerb über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot jedenfalls entsprochen. Um dem Vorstand darüber hinaus die für die Bedienung von Beteiligungsprogrammen erforderliche Flexibilität einzuräumen, soll er zusätzlich ermächtigt werden, eigene Aktien auch auf andere Weise als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot zu erwerben, und zwar gegebenenfalls auch nur von einzelnen Aktionären oder einem einzigen Aktionär. In diesem Fall wird das quotenmäßige Andienungsrecht der übrigen Aktionäre ausgeschlossen (umgekehrter Bezugsrechtsausschluss).

Der Ausschluss des quotenmäßigen Andienungsrechts greift damit nur in den Fällen, in denen ein außerbörslicher Erwerb stattfindet, und ist auf den durch § 65 Abs 1 Z 4 AktG vorgegebenen Zweck beschränkt. Er ist erforderlich, um die zeitnahe und kursschonende Beschaffung der für Beteiligungsprogramme benötigten Aktien zu gewährleisten – die Begründung im Einzelnen wird in den nachfolgenden Punkten 2 und 3 dargelegt.

### **2. Sachliche Rechtfertigung des Ausschlusses des quotenmäßigen Andienungsrechts (umgekehrter Bezugsrechtsausschluss)**

Der Erwerb eigener Aktien auf andere Art als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot – auch nur von einzelnen oder einem einzigen Aktionär und auch unter Ausschluss des quotenmäßigen Andienungsrechts der anderen Aktionäre – soll im Rahmen der zweckgebundenen Ermächtigung gemäß § 65 Abs 1 Z 4 AktG zur Verfolgung eines oder mehrerer der nachfolgenden Zwecke – nämlich des Angebots an Arbeitnehmer, leitende Angestellte und Mitglieder des Vorstands oder Aufsichtsrats der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens (§ 189a Z 8 UGB) sowie zur Bedienung von Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen und Long-Term-Incentive-Plänen – erfolgen können, und zwar immer dann, wenn eine sachliche Differenzierung in der Behandlung der Aktionäre möglich und/oder geboten ist und sohin eine sachliche Rechtfertigung für den Ausschluss des quotenmäßigen Andienungsrechts gegeben ist. Eine sachliche Rechtfertigung liegt insbesondere in den nachstehenden Fällen vor:

## **2.1 Rasche und kursschonende Bedienung von Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen**

Die Notwendigkeit, eigene Aktien gegebenenfalls rasch und ohne Beeinflussung des Börsenkurses zu erwerben, kann sich insbesondere bei der Durchführung eines Programms für eine Mitarbeiterbeteiligung einschließlich von Mitgliedern des Vorstands oder Aufsichtsrats und leitenden Angestellten der Gesellschaft oder von mit ihr verbundenen Unternehmen (§ 189a Z 8 UGB) sowie für Long-Term-Incentive-Pläne ergeben. Ein an alle Aktionäre gerichtetes öffentliches Erwerbsangebot wäre demgegenüber mit einem erheblichen zeitlichen und administrativen Aufwand verbunden und würde die zielgerichtete und zeitnahe Umsetzung solcher Maßnahmen erheblich erschweren. Hinzu kommt, dass die Vergabe von Aktien im Rahmen von Mitarbeiterbeteiligungs- und Long-Term-Incentive-Programmen häufig an konkrete Bemessungszeitpunkte (z.B. Bilanzstichtage, Zielerreichungsperioden oder vertraglich vereinbarte Zuteilungstermine) geknüpft ist. Der Vorstand muss daher in der Lage sein, den jeweils benötigten Aktienbestand termingerecht und in der erforderlichen Stückzahl bereitzustellen. Ein an alle Aktionäre gerichtetes öffentliches Erwerbsangebot, das mit Veröffentlichungsfristen, Annahmepperioden und allfälligen Repartierungen verbunden wäre, könnte diese Termintreue regelmäßig nicht gewährleisten und würde überdies das Risiko bergen, dass der Vergütungszweck durch zwischenzeitliche Kursbewegungen verfehlt wird.

## **2.2 Zielgerichteter Erwerb von einzelnen Aktionären**

Insbesondere bei der Beschaffung von Aktien zur Bedienung von Beteiligungsprogrammen kann es zweckmäßig sein, eigene Aktien gezielt von einzelnen Aktionären oder einem einzigen Aktionär – etwa im Wege eines Pakethandels – zu erwerben. Ein außerbörslicher Erwerb ermöglicht der Gesellschaft, den jeweils erforderlichen Aktienbestand rasch, planbar und ohne Beeinflussung des Börsenkurses aufzubauen, was insbesondere im Interesse einer kostengünstigen und kursschonenden Umsetzung der Beteiligungsprogramme liegt. Demgegenüber könnte ein Erwerb der für die Bedienung von Beteiligungsprogrammen benötigten Stückzahl über die Börse zu einer signifikanten Kurssteigerung führen, die zulasten der Gesellschaft und der übrigen Aktionäre ginge. Ein gezielter Pakethandel mit einem oder wenigen Aktionären ermöglicht den Erwerb hingegen zu vorab verhandelten und marktnahen Konditionen, ohne den Börsenkurs zu beeinflussen. Dies dient auch dem Schutz der nicht andienenden Aktionäre, deren Beteiligungswert durch ein Hochtreiben des Börsenkurses negativ betroffen wäre.

## **3. Erwerb eigener Aktien zur Bedienung von Programmen für Arbeitnehmer, leitende Angestellte und Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats**

Die Ermächtigung des Vorstands, eigene Aktien gemäß § 65 Abs 1 Z 4 AktG zu erwerben, ermöglicht es der Gesellschaft, auf sich ändernde Situationen rasch und flexibel zu reagieren.

Durch ein Mitarbeiterbeteiligungsprogramm soll ein Anreiz für die Teilnehmer geschaffen werden, mit ihren Leistungen zum zukünftigen Erfolg der Gesellschaft beizutragen sowie an diesem Erfolg durch eine allfällige Kurssteigerung der Aktien sowie durch Dividendenerträge teilzunehmen. Durch ein Mitarbeiterbeteiligungsprogramm soll weiters die Identifikation mit dem Unternehmen gesteigert

werden.

Die vorrangige Ausgabe von Aktien an Arbeitnehmer, leitende Angestellte und Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens (§ 189a Z 8 UGB) zur Durchführung eines Mitarbeiterbeteiligungsprogramms oder von Long-Term-Incentive-Plänen stellt einen ausreichenden Grund für den Ausschluss des Bezugsrechts dar; dieser Wertung folgend ist auch der Ausschluss des quotenmäßigen Andienungsrechts der Aktionäre (umgekehrter Bezugsrechtsausschluss) beim Erwerb eigener Aktien zu diesem Zweck sachlich gerechtfertigt.

Die Möglichkeit des Erwerbs eigener Aktien auch auf andere Weise als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot zum Zweck der Durchführung eines Programms für Mitarbeiterbeteiligung liegt im Interesse der Gesellschaft. Es liegt im Interesse der Gesellschaft, die Führungskräfte und Mitarbeiter der Unternehmensgruppe noch enger an das Unternehmen, in dem diese tätig sind, zu binden sowie die Führungskräfte und Mitarbeiter durch Ausgabe von Aktien verstärkt zu motivieren.

Die Gesellschaft ist international tätig und dem Wettbewerb auf dem internationalen Markt für Führungskräfte ausgesetzt. Die Gesellschaft hat daher aus vernünftigen kaufmännischen Überlegungen ein großes Interesse daran, leistungsfähige Führungskräfte durch international konkurrenzfähige, erfolgsbezogene Arten der Vergütung zu gewinnen, zu motivieren und langfristig an das Unternehmen zu binden. Ein Mitarbeiterbeteiligungsprogramm ist ein geeignetes und international übliches Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Eine Reihe von österreichischen Unternehmen hat solche Beteiligungsprogramme eingeführt. Im Fall der Einführung eines Mitarbeiterbeteiligungsprogramms würde die Gesellschaft die der Ausübung zugrunde liegenden Ziele langfristig und am Grundsatz der Nachhaltigkeit orientiert (und im Fall der Vorstandsmitglieder auch gemäß der Vergütungspolitik) ausrichten. Die Möglichkeit des Erwerbs eigener Aktien auch auf andere Weise als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot ist auch deshalb erforderlich, weil die Gesellschaft, um weiter Führungskräfte und Mitarbeiter für die Gruppe gewinnen zu können, in der Lage sein muss, international übliche Vergütungsmodelle einzuführen und diese auch zu bedienen.

Der Ausschluss des quotenmäßigen Andienungsrechts bzw der Erwerb eigener Aktien auf andere Weise als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot ist zusammengefasst sachlich gerechtfertigt, da eine Mitarbeiterbeteiligung und deren Absicherung im Interesse der Gesellschaft liegt. Die angestrebte Maßnahme ist geeignet, die Absicherung einer Mitarbeiterbeteiligung zu erreichen, und angesichts des beschränkten Umfangs der Ermächtigung auch verhältnismäßig.

#### **4. Interessenabwägung und Verhältnismäßigkeit**

Der Ausschluss des quotenmäßigen Andienungsrechts ist zur Erreichung der vorgenannten Zwecke geeignet, erforderlich und verhältnismäßig. Selbst wenn die Ausübung der gegenständlichen Erwerbsermächtigung durch den Vorstand und der Ausschluss des Andienungsrechts der Aktionäre einzelnen Aktionären zu einem Nachteil gereichen könnte, so würde sich dieser in sehr engen

Grenzen halten, zumal die zu erwerbenden Aktien auf insgesamt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft beschränkt sind und es beim bloßen Erwerb eigener Aktien zu keiner Verwässerung der Beteiligung der nicht andienenden Aktionäre kommt.

Durch die vorgesehene Preisbandklausel, wonach der höchste zu leistende Gegenwert je Aktie den gewichteten durchschnittlichen Börsenschlusskurs der letzten 20 Börsenstage vor Beginn des jeweiligen Rückkaufs um höchstens 20 % überschreiten darf, wird sichergestellt, dass die Gesellschaft keine deutlich über dem aktuellen Börsenschlusskurs liegenden Preise bezahlt und es zu keiner Vermögensverschiebung zulasten der übrigen Aktionäre kommt.

Der Vorstand wird die Ermächtigung, eigene Aktien auch auf andere Weise als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot unter Ausschluss des Andienungsrechts der Aktionäre zu erwerben, nur dann ausnutzen, wenn die beschriebenen sowie sämtliche gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Der Vorstand wird zudem die beim Erwerb einzuhaltenden aktienrechtlichen Veröffentlichungs- und Bekanntmachungspflichten beachten.

## **5. Zusammenfassung**

Die Erteilung einer Ermächtigung an den Vorstand, eigene Aktien auf andere Art als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot – und zwar auch nur von einzelnen Aktionären oder einem einzigen Aktionär – zu erwerben und dabei das quotenmäßige Andienungsrecht der Aktionäre auszuschließen, ist ein bei vielen österreichischen Gesellschaften üblicher und allgemein anerkannter Vorgang.

Zusammenfassend kommt der Vorstand der Gesellschaft zu dem Ergebnis, dass die Erteilung der vorgeschlagenen Ermächtigung den gesetzlichen Vorschriften entspricht und der Ausschluss des quotenmäßigen Andienungsrechts der Aktionäre (umgekehrter Bezugsrechtsausschluss) sachlich gerechtfertigt ist und im überwiegenden Interesse der Gesellschaft liegt.

Innsbruck, im Mai 2026

  
Der Vorstand